

Pressemitteilung

Umfrage zur Finanzkrise: Mehr als 70% der Deutschen befürworten staatliche Finanzhilfen bevorzugt für kleinere und mittlere Unternehmen

Berlin, den 29. Juli 2009; Fast drei Viertel der Deutschen liegt es am Herzen, dass der Staat in der Wirtschafts- und Finanzkrise jetzt bevorzugt kleinen und mittleren Unternehmen mit Finanzhilfen unter die Arme greift und sich mit ihren Hilfsangeboten nicht nur auf Großunternehmen konzentriert.

Das hat eine exklusive Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstituts INFO GmbH im Auftrag des Bundes der Selbständigen (BDS) ergeben. Auf die Frage *„Die Bundesregierung unterstützt momentan einige Großunternehmen, die von der wirtschaftlichen Krise betroffen sind. Sind Sie dafür oder dagegen, dass jetzt bevorzugt kleinere und mittlere Unternehmen Finanzhilfen vom Staat erhalten?“* sprachen sich 71,9% der Befragten „dafür“ aus, nur 22,1% entschieden sich „dagegen“. „Diese Zahlen spiegeln den Stellenwert der kleinen und mittleren Unternehmen wider, die mit einem Anteil von über 99% aller Unternehmen und einem Bestand von 78,6 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bilden“, sagt **Dr. Holger Liljeberg**, stellvertretender BDS-Landesvorsitzender Berlin. „Es wird deutlich, dass die Mehrheit der Arbeitnehmer wenig Interesse an der Förderung von Leuchtturmprojekten wie Opel oder Arcandor hat. Vielmehr versprechen sie sich durch staatliche Finanzhilfen eine Sicherung ihres Arbeitsplatzes und hoffen, so auch die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu überstehen.“ Befragt wurden 1.501 Bundesbürger, wobei 1.259 aus West- bzw. 242 aus Ostdeutschland stammen.

Diese Ergebnisse müssen vor allem vor dem Hintergrund sehr ernst genommen werden, dass die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen für die Deutschen momentan die drängendsten Probleme sind, die durch die Politik gelöst werden müssen, sagt Liljeberg.

Bemerkenswert ist der Unterschied in Ost- und Westdeutschland. Während in den neuen Bundesländern 81% für eine bevorzugte staatliche Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen votieren, sind es in den alten Bundesländern nur 69%.

Einen signifikanten Unterschied gibt es ebenfalls bei den unterschiedlichen Einkommensgruppen: Während sich 83% der Befragten mit einem Einkommen von unter 1.000 Euro für eine Förderung aussprechen, so sind es bei den Beziehern von höheren Einkommen ab 3.000 Euro nur noch 58%.

Überraschend sind die Ergebnisse unter Berücksichtigung des parteipolitischen Hintergrunds: Während sich Wähler von SPD (76%) und FDP (77%) sehr viel entschiedener für eine bevorzugte KMU-Förderung aussprechen, sind die Wähler von „Die Linke“ (70%), „Bündnis90/Grüne (69%) und CDU/CSU (67%) etwas zurückhaltender.

„Insgesamt wird deutlich: Je geringer das Einkommen und je höher die Abhängigkeit von einem Arbeitsplatz in den kleineren und mittleren Unternehmen ist, desto größer ist die Zustimmung zu staatlichen Finanzhilfen, die solche Unternehmen bevorzugt,“ erklärt Dr. Holger Liljeberg.

Kontakt:

Bund der Selbständigen c/o Publiplikator GmbH | Christoph Blase
Tel. 030-200 898-31 | Mobil 0151-1165 39 94 | blase@publiplikator.de